

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1910. Nr. 319.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 203.

Verleger: Carl A. G. in Halle a. S., Postfach 1587, Telephon 1272.

Erste Ausgabe

Verleger: Carl A. G. in Halle a. S., Postfach 1587, Telephon 1272.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Postfach 1587, Telephon 1272.

Dienstag, 12. Juli 1910.

Geschäftsstelle in Berlin: Postfach 11, Nr. 16290.

Nach Göring — Klärung?

Der alte Demagoge hat einmal das Wort ausgesprochen, daß die Führung der nationalliberalen Partei nach Norddeutschland gehöre. Wenn es je einen unerschütterlichen Grundfals für unsere innere Politik gegeben hat, so ist es dieser. Die nationalliberalen Parteien sind herausgekommen aus dem Deutschen Reich als Partei der Besessenen unterirdischen, wenn sie lebensfähig bleiben will. Dem nicht nur Reich, sondern auch Parteien besitzen durch die Kräfte, denen sie ihr Entstehen verdanken. In dem Nationalerwerb sammeln sich die zur positiven, schaffenden Arbeit entschlossenen Kreise. Von ihm aus wurde der preussische Konservatismus für die werdende Kraft des deutschen Konservatismus gewonnen, den er dann seinerseits mit altpreussischer Fähigkeit festgehalten hat. In der nationalliberalen Partei, wie sie nach Begründung des Norddeutschen Bundes und später des Deutschen Reiches sich darstellte, lagen die Keime für Deutschlands künftige Uebergestaltung, und aus ihr entsproß auch das Verständnis für die nationalen Forderungen der heimischen Wirtschaftspolitik. Ohne weiteres ergab sich daraus eine vernünftige Anlehnung an die betreffenden rechtsstehenden Parteien, ohne daß die berechtigten Forderungen des Liberalismus darüber hätten preisgegeben werden müssen. Singen wir nach Demagogen Scheiden der immer mehr sich verärfertende liberale Einfluss die guten Beziehungen zu den sozialkonservativen Parteien wesentlich getrübt und schließlich dahin geführt, daß die Partei nicht mehr in der Sozialdemokratie, sondern in den preussischen Konservativen ihrer Heimat zuerhöhte. Wenn diese Orientierung ihrer Politik schon an sich besonders klar war, so war sie es doppelt im Hinblick auf die Methode ihrer Agitation, die von der der Sozialdemokratie sich kaum noch unterscheidet. Selbst vom allereinstimmigen Parteivorstand aus, den die alten Führer der Nationalliberalen noch erst in zweiter Hinsicht gelten ließen, stellte diese Taktik und Methode der liberalen Nationalliberalen sich als ein selbstmörderisches Beginnen dar. Man vergewaltigt sich, wie, nachdem die Nationalliberalen bei der Reichstagsreform ihre Mitarbeit verweigerten, Herr Hoffmann und die Seinen die Auflösung des Reichstags forderten und wagenhaft das ganze Land zum Sturm gegen die konservativen Schranken aufboten! Und heute? Heute liegt in dem Ergebnis der Reichswahlen klar zutage, daß diese Politik zum Untergang der Partei und zum Siege der Sozialdemokratie führen muß. Und Herr Hoffmann? Unter dem Gebot der Freimüdigkeit, die ihn als den „Irenen Ritter“ bezeichnet, suchte er vergeblich einen Wahlkreis, der 1911 ihm wieder in den Reichstag führen könnte. Mit bescheidenem Spott schrieb dieser Tage das „Berliner Tageblatt“ aus Anlaß der Wörbe, die Herr Hoffmann in Dortmund und neuerdings in Saarbrücken gehalten hat:

Dieser für einen Parteiführer etwas hässliche Herumfuchen nach einer Intanktion ist bei Herrn Hoffmann gedächtnislos geworden. Er unterließ sich darin nicht sehr vortheilhaft von einem Wirtshaus, mit dem der Wahlkreis Weppen ungetrenntlich verbunden erschien. Wirtshaus hat diesen Kreis von 1867 bis zu seinem Tode im Jahre 1891 vertreten. Auch Eugen Richter seien mit dem Wahlkreis ungetrenntlich verbunden; von 1874 bis 1903 wurde er dort immer wieder gewählt. Herr Hoffmann sieht durch das Deutsche Reich die Kreuz und die Quer, nicht unähnlich einem irenen Ritter. Im Jahre 1893 wurde er von seiner Heimatstadt Mannheim in den Wahlkreis entsandt. Aber schon 1898 unterlag er dort gegen den Sozialdemokraten Dreßbach. Hoffmann hätte diesen Ausgang offenbar vorausgesehen und sich deshalb gleichgültig in Jena aufstellen lassen, wo er auch in der Stichwahl gegen den Sozialdemokraten Seutter gewählt wurde. Aber auch in Jena war seines Weibens nicht. Bei den Wahlen von 1903 wurde Hoffmann in Karlsruhe aufgestellt, unterlag aber dem Sozialdemokraten Ge. Dafür gelang es ihm, im nächsten Jahre das Mandat für Frankfurt a. O. zu gewinnen, nachdem die Wahl des revisionistischen Sozialdemokraten Dr. Braun für ungültig erklärt worden war. Doch auch aus Frankfurt a. O. verband Hoffmann sehr schnell wieder. Er wollte in der Wera des Wühlbros nicht mit dem Reichsparteiler Mode konkurrieren, der von agrarischer Seite aufgestellt worden war. Dafür hat sich ihm ein Interkursus in dem sächsischen Wahlkreis Rottburg-Opitzow, nachdem sich die Reichspartei mit seiner Kandidatur einverstanden erklärt hatte. Obgleich Hoffmann damals mehr als 70 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhielt, legte er aber dem Frieden nicht zu trauen. Er ließ sich nur zu gut, daß er dort nur von der Gnade der Reichspartei Abgeordneter geworden ist. So hat er sich denn abermals auf den Weg gemacht, um einen Wahlkreis aufzusuchen, in dem er breiten könnte. Aber es sieht fast so aus, als wäre unter den 37 Wahlkreisen des Deutschen Reiches kein Ruheplätzchen für den letztgenannten Führer der nationalliberalen Partei zu finden.

Es überließ sich dem auch nicht, daß unter diesen Umständen die Herr Hoffmann nachbestehende nationalliberalen Wähler verstanden, daß er parlamentsmüde geworden sei. In Wirklichkeit hat man von solcher Müdigkeit bisher nichts gehört, und wenn er jetzt rechtzeitig den Entschluß faßt, für 1911 auf jede Kandidatur zu verzichten, so liegt darin das glatte Eingeständnis

seiner hoffnungslosen und rettungslosen Niederlage! Im Vertrauen läßt er hinter sich alle guten Ueberlieferungen seiner Partei und ihre Heerhaufen zum größten Teile in einer Verwirrung, die sie dem Hauptliberalismus durch diesen dem Fortschritt und damit mit verdorbenen Gesinnung der Sozialdemokratie überliefern muß.

Das Gesicht dieser Mittelpartei ist aber viel zu eng mit dem Staats- und Reichsgedanken verknüpft, als daß ein aufrichtiger Vaterlandsfreund sich dieser Wendung freuen könnte. Gleichwohl muß man, wie die Dinge durch Herrn Hoffmanns Vergehungen nun einmal liegen, sich darüber klar werden, daß sein Rücktritt von der politischen Bühne mindestens eine heilsame Klärung bedeuten würde. Auch die Kundgebung des amtlichen nationalliberalen Parteivorstandes über die Schwierigkeiten, die einer Einigung des gesamten Liberalismus entgegenstehen, schien ja auf eine solche Klärung hinzudeuten. Denn sie gibt doch darin, daß die nationalliberalen Partei es ablehnen müsse, nach der jetzt vom Freimüdigkeit der Art die Sozialdemokratie als hindernisfähig zu erklären und der Reden einen Wack der Finnen von Hoffmann bis Bebel entgegenzustellen. Eine solche Politik föhne für die Nationalliberalen nicht in Frage kommen. Wenn dies im Entschluß die tief erzoogene Meinung der Parteileitung ist, so kann das Ausschließen des Herrn Hoffmanns nach das beitragen, der Partei ein Gesichtspunkt auf ihre alten Aufgaben und ihre Geschäfte zu ermöglichen. Und wenn bei dieser Gelegenheit sich, wie die „Berliner Politischen Nachrichten“ andeuten, die Ueberzeugung gefestigt hätte, daß die Leitung der nationalliberalen Partei wieder in norddeutsche Hände gelegt werden muß, so würde dies als der Beginn einer besseren Einigkeit begrüßt werden dürfen. Das solche Selbstkenntnis der Führer in breiten Kreisen der Partei erkannt wird, beweist neuerdings wieder die einmütige Verständigung, die in Schleswig-Holstein zwischen den dortigen Nationalliberalen und dem Bunde der Landwirte stattgefunden hat und die nur noch der Billigung durch den nationalliberalen Provinzialauschuß bar. Diese sicherlich höchst erfreuliche Klärung mag in Süddeutschland mit recht mäßigem Augen betrachtet werden. Aber hier wie so oft muß ausgesprochen werden, daß auch in Fragen der inneren Politik der Reichsgedanke nicht in Süddeutschland, sondern in Preußen seine besten Wurzeln findet. Und wie Süddeutschland von dem früheren und besonnenen Norden in der deutschen Frage erst auf gangbare Wege geführt ist, so wird auch gegenüber der Sozialdemokratie Preußen die Führung übernehmen müssen, wenn nicht an der süddeutschen Verfassung das Reich zu scheitern werden soll. Man sollte meinen, daß eigentlich kein allzu hohes Maß von geschichtlicher Einsicht dabei gehört, um diese einfache Wahrheit zu erkennen. Dem scheint aber doch nicht so zu sein. Jedenfalls hat der Erbringer zu Hohenlohe-Kangenberg diese Einsicht in bemerkenswerter Weise vermissen lassen. Er hat sein Amt als zweiter Vizepräsident des Reichstages niedergelegt und seinen Schritt damit begründet, daß nach der Erklärung der nationalliberalen Partei eine erhebliche Vertiefung der Gegensätzlichkeit zwischen dem einseitigen Wackpartei zutage getreten sei.

Dieser Schritt des Erbringers zu Hohenlohe muß um so mehr Erläuterung erregen, als er sich doch gerade gegen die anderen Präsidialparteien richtet, die für die Fehler der Nationalliberalen doch unendlich verantwortlich gemacht werden können. Bei seiner hohen Stellung hätte er zur Not doch auch bedenken sollen, wie sehr sich ansehend wenig überlegter Schritt den alten weisen Agitationspropheten neue Nahrung geben und welchen bösen Eindruck es bei dem nachdenklichen Teile der Bevölkerung machen muß, daß er die päpstliche Enzyklika gleichsam dem schwarzen Wack in die Schuhe zu schieben sucht. Auch ihm ist doch bekannt, wie unangenehm dem Zentrum diese Entgleisung des Bundesrats Wern de Wal geworden ist und mit welcher Schärfe andererseits die konservativen die zurückgewiesen haben. Abgesehen davon, konnte es für die Bekämpfung dieses Schrittes keinen ungefährtig gewählten Augenblick geben als gerade den, in dem sich innerhalb der nationalliberalen Partei eine heilsame Klärung vollzieht! Im übrigen wird die Entlohe Hohenlohe diese Klärung zum verbindlichen Vermögen, denn es gibt doch auch in der preussisch-deutschen Geschichte noch eine zwingende innere Logik.

Zum Austritt des Erbringers Hohenlohe.

Die „Sächsische Zeitung“ hat heute an leitender Stelle ihrer Anstalt über das seltsame Vorgehen des Erbringers nachfolgenden Ausdruck gegeben. Wir führen im folgenden noch einige Urteile anderer Mütter an, die im Sinne alle mit uns der gleichen Meinung sind. So ergreift die „Neuzzeitung“ u. a. folgendermaßen das Wort:

„Der Entschluß des Erbringers zu Hohenlohe hat dem auch gerade bei den Mittelparteien keineswegs befriedigt. Abgeordnete von der Reichspartei haben dem Erbringer, als ihnen der Entschluß bekannt wurde, mit Telegrammen bestritten, ihn nicht auszuführen oder zurückzunehmen. Die nationalliberalen Wo-

gernehmen, die sich zu unserem Gedächtnis äußerten, meinen, daß der Schritt des Erbringers an sich wohl eine größere Bedeutung sei, aber durch seine Begründung nur zur Vertiefung der Gegensätzlichkeit zwischen dem einseitigen Wackpartei beitragen könne. Dieser Ansicht schließen wir uns an. Wir bezweifeln, daß es dem Erbringer eine lästige Pflicht war, mit politischen Gegnern im Reichstag zu sitzen, und wir erkennen dankbar an, daß er dieser Pflicht für lange unterzogen hat. Wir können ihm auch die persönliche Entloftung. Aber seine öffentlich kundgebene Begründung liegt zu seiner Entloftung in einem auffallenden laotischen Widerspruch.

Was die „Post“ bedeutet der Schritt des Erbringers: Daß der Erbringer von Hohenlohe entschieden war, das Amt des zweiten Vizepräsidenten des Reichstages niederzulegen, war sein Geheimnis. Hat es doch Mühe genug gekostet, ihn von der Ausführung dieses Entschlusses während der Tagung des Reichstages abzuhalten. Ueberhaupt hat nur der Zeitpunkt und die Begründung des Austritts. Mühe abgenommen. Denn neben anderem ist die Befürchtung nicht abzuweisen, daß dadurch die Sammlung der durch den Streit um die Reichstagsreform auseinandergegangenen Parteien, zu welcher in jüngster Zeit erstmalig einige Anlässe wenigstens in bezug auf die alten Reichsparteien sich aneinander zeigten, bedeutend erschwert werden muß. Die helle Freude, welche die dem Stamm bis auf das Weiser gegen rechts und die Vertiefung mit dem Sozialdemokraten präbende Presse über das Vorhaben des Erbringers kundgab, ist sicher kein Beweis des Gegenfalls. Solcher Gefahr nach Möglichkeit vorzubeugen, war die politische Pflicht der Parteileitung; daß sie einer volendeten Tatsache gegenüberstand, ist im Interesse der Sache zu beauern.

Von besonderer Seite erhalten wir noch folgende Zuschrift:

Es ist aufzufallen, daß der Vorfall des Erbringers ohne Datum veröffentlicht ist. Dieser Umstand findet darin seine Erklärung, daß der Brief bereits etwa 10 Tage vor seiner Veröffentlichung beim Reichstagspräsidium eingegangen ist. Und hierdurch erklärt es sich auch, daß der Erbringer in der Begründung seines Austritts auf Ereignisse zurückgeht, die durch andere Uebereinstimmungen, oder so weit zurückliegen, daß ein Zusammenhang mit seinen Entschlüssen kaum noch zu konstatieren ist. So kommt es, daß er sich in der Begründung seines Austritts auf die erhebliche Vertiefung der politischen Gegensätze bezieht, die durch die offizielle Erklärung der nationalliberalen Partei zum Ausdruck gekommen ist, obwohl parteiöffentliche Kundgebungen der Nationalliberalen inzwischen eine ganz andere Auffassung der politischen Lage zum Ausdruck gebracht haben. Die Ansicht des Erbringers, aus dem Reichstagspräsidium auszuschreiben, war übrigens keineswegs nur seinen Parteifreunden seit Monaten bekannt, sondern auch an amtlichen Stellen war man längst wohl informiert. Darüber unterrichtet die „Post“ nach dem Austritt des Reichstages Ernst Hohenlohe nicht mehr dem Präsidium angetrieben wurde. Und aus diesem Grunde ist es schwer, die von ihm gewählte Begründung für seinen Austritt als die tatsächlichen Ursachen desselben anzusehen. In den Kreisen, in denen der Erbringer sich einer besonderen Beliebtheit erfreute, beschränkt man sich auf die Entschlüsse, die er in der Begründung des Erbringers selbst wegen. Dem man nimmt an, daß seine politische Laufbahn, soweit sie etwa in der Uebernahme eines hohen Amtes im Reichs- oder Staatsdienste bestehen könnte, als abgeschlossen zu betrachten ist. Der Brang ist auch ungeschicklich, bei dem nächsten Reichstagswahlkampf nicht wieder zu kandidieren. Er wird schon in der kommenden Tagung zum Austritt gezwungen zu sein, da er sich in der Winter mit seiner Gattin auf dem Schloß de Habronne bei Nizza, das seiner Schwiegermutter, der Witwe des verstorbenen Herzogs Alfred von Rottburg-Gotha, gehört, zu verbirgen.

Deutsches Reich.

* **Er. Maj. der Kaiser** beabsichtigt am heutigen Montag früh 8 Uhr von Döbe nach Bergen in See zu gehen, wo der Anlauf nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr erfolgt. Das Wetter ist andauernd schön. Ab. Werd ist alles wohl.

* **Die Kronprinzessin** wird sich Mitte dieses Monats mit den Prinzessinnen zu längerem Aufenthalt nach Sellkandamm begeben. Der Kronprinz wird einige Tage später seiner Gemahlin nach Sellkandamm folgen.

* **Fürst und Fürstin Salgotz** trafen Sonntag nachmittag in Wiesbaden ein, wo sie einige Tage bleiben werden, und fahren dann über Weßlar am 18. d. Mts. nach Koblenz.

* **Zurückpfeil der Armee.** Die in der neuen „Zurückpfeil“ für die „Inanterior“ angeordneten Bewegungen und Wackpfeile werden auch für die bestimmten Lagen in eingestuft werden. Besonders wird jetzt in der Wack darauf gehalten, daß den Mannschaften in ihrer Dienstfreien Zeit freimüßige Turnen und Spielen gestattet ist. Die bei diesen freimüßigen Veranstaltungen etwa vorkommenden Beschädigungen gelten als Dienstbeschädigungen, wenn der Kommande- u. u. Chef die Zeit zum Spiel bestimmt hat und ein Vorlegestrich dabei zugegen gewesen ist. — Da der Armee augenblicklich noch nicht genügend eigenes Lehrpersonal für die Bewegungen und Wackpfeile zur Verfügung steht, hat sich das Kultusministerium bereit erklärt, mit dem ihm unterstellenden Lehrkräften den militärischen Dienststellen auszuweichen.

* **Reichsbank und verzinsliche Darlehen.** In der Presse tauchte die Nachricht auf, daß man behördlichersinnig damit umgehe, der Reichsbank die Annahme verzinslicher Darlehen zu gestatten. Diese Nachricht dürfte, wie uns mitgeteilt wird,

schon deshalb unrichtig sein, weil der Reichsbank gesetzlich das Recht zusteht, bis zum Betrage der Reserven und des Grundkapitals Depositionen aufzunehmen, die verlässlich und unverfallig sind. Sie hat aber in den Jahren 1875-78 die Depositionen bereits ausgegahlt und hat seit dieser Zeit solche nicht mehr angenommen. Diesen Standpunkt nimmt das Reichsbankgesetz als jetzt noch ein, und es ist keine Aussicht vorhanden, dass sich hier etwas ändern wird, da die Bank es nicht als ihre Aufgabe betrachtet, ein Kreditinstitut zu sein. Bei der Aufnahme größerer Depositionen durch die Reichsbank würden zweifellos auch die Sparbanken, Genossenschaften und Sparkassen geschädigt werden, auf welche Landwirtschaft und Industrie größtenteils angewiesen sind.

Umgestaltung der Preussischen Klassenlotterie. Infolge der angekindigten Vermehrung der Lotterielose werden von der nächsten (22.) Lotterie ab die Lose in zwei Haltungen von 190 000 Stück, zusammen also 380 000 Stück, ausgegeben. Jedes Los trägt außer der Nummer die Ziffer der Haltungsart, also I oder II. Dementsprechend wird jeder auch auf jede gezogene Nummer in beiden Haltungen der gleiche Gewinn fallen. Es werden deshalb auch zwei Hauptgewinne von je 500 000 Mk. und zwei Prämien von je 300 000 Mk. in den Plan eingekalkuliert werden. Die Ziehung findet in den ersten vier Klassen wie bisher zwei Tage, in der 5. Klasse beschränkt sie sich auf 21 Tage.

Ausland.

Frankreich. Die Angelegenheit Rochette, die am heutigen Montag in der Kammer zur Sprache gelangt, hat in parlamentarischen Kreisen eine außerordentliche Erregung hervorgerufen. Man befürchtet, daß der Ausbruch eines großen politischen Skandals unvermeidlich geworden ist. Polit einmütig herrscht die Ansicht, daß der von mehreren Abgeordneten geplante Antrag auf Ersetzung einer Untersuchungskommission angenommen und diese mit den weitgehenden gerichtlichen Befugnissen ausgestattet werden müsse, damit über die Angelegenheit vollstes Licht verbreitet werde. Wie verlautet, wird sich die Regierung diesem Antrage keineswegs widersetzen. — Der auf sein Amt nach zur Disposition gestellte Ministerrat des Polizeipräsidenten erklärte einem Reichstagsabgeordneten, er sei überzeugt, daß es ihm ein Bedürfnis sein werde, seine vollständige Ehrhaftigkeit und Korrektheit zu beweisen. Wie es heißt, sind die Gerichte über ihn dadurch entstanden, daß er einen kleinen Anteil an einem Bauhaus besitzt, das einige Tage vor der Verhaftung Rochettes durch Spekulationen einen beträchtlichen Gewinn eingeleitet haben soll. — In Kamerun ist das Gerücht verbreitet, daß der Gebrüder Clemenceau ihre politischen Freunde gebeten hätten, eine Vertagung der heutigen Interpellationsdebatte zu beantragen, falls der frühere Ministerpräsident in die Debatte gezogen werden sollte. Durch diesen Ausschub soll es Clemenceau, der erst am 17. d. M. in Buenos Aires eintrifft, ermöglicht werden, ein telegraphisch die gegen ihn erhobenen Anträge zurückzuweisen. Die Aktion meint, man müsse sich auf das entscheidende gegen jeden Verhaftungsbescheid ausprechen und erklärt, Clemenceau habe bereits bei seiner Abreise gemußt, daß seitens Rochettes bei der gegen ihn durchgeführten Gerichtsverhandlung schwere Missbilligungen gegen Clemenceau und den Polizeipräsidenten erhoben werden würden. — Durand, der Ministerrat des Polizeipräsidenten, dessen Stellung in der Angelegenheit des Bankiers Rochette von mehreren Zeitungen getadelt worden ist, hat den Polizeipräsidenten gebeten, ihn zur Disposition zu stellen, damit er die gegen ihn gerichteten Anträge zurückweisen könne. — Der Justizminister hat die Staatsanwaltschaft in Paris aufgefordert, eine Untersuchung gegen jene Richter und Beamte einzuleiten, die im Verdacht stehen, von der im März 1908 geplanten Verhaftung des Bankiers Rochette Kenntnis gehabt zu haben. Angelegenheiten weisen darauf hin, daß mehrere Richter ihre Kenntnis in eigenmächtiger Weise ausnützten.

Vom französischen Eisenbahnerstreik. Dem „Matin“ zufolge wäre es möglich, daß zwischen dem Eisenbahngesellschaften und den Angestellten es zu einem Ausgleich kommen werde. Namentlich die Nordbahn, die Ostbahn und die Orleansbahn zeigten Neigung, ihren Angestellten Zugeständnisse zu machen.

Rumänien und Griechenland. Auf Befehl der Regierung ist der rumänische Detachement dem Kapitän des Dampfers „Imperialul Trajan“ übergeben worden. Damit ist der rumänisch-griechische Zwischenfall endgültig erledigt.

Spanien. Am Sonntag fanden in zahlreichen Städten Spaniens, besonders in Madrid, Larragona, Saragossa und Toledo, antiklerikale Versammlungen statt. In Barcelona wurde ebenfalls eine Kundgebung gegen den Mexikalismus veranstaltet, an der zahlreiche Frauen teilnahmen. Die Teilnehmer übermittelten dem Gouverneur eine Adresse, die Unterschriften von 22 000 Frauen trugen.

Die Sitzungen in Paris Maquis bei Wuni durch den früheren Minister des Auswärtigen Perez Cabalero ersetzt werden soll.

Areta. Die Nationalversammlung ist am Sonnabend um 5 Uhr nachmittags zusammengetreten. Von 114 Abgeordneten waren 59 erschienen. Davon stimmten 55 für die Zulassung der Mesjelmanen. Darauf vertagte sich die Versammlung auf vier Monate. Die Sitzung ist also bis auf weiteres befristet.

Auf zur Arbeit an der Jugend!

Im Hinblick auf die Gefährdung, der unsere Jugend in Stadt und Land mehr und mehr früher ausgelegt ist und der Notwendigkeit andererseits, die wohlgeleiteten Kreise der Bürgerchaft in verstärkter Weise mit der Aufgabe zu beauftragen, die Jugend vor Verwahrlosung, Sittenlosigkeit und einem drohenden Materialismus zu bewahren, erscheint die Organisation eines Gemeindefördervereins, wie sie in der Vieharbeit an unserem Volk bewährt und erprobte Superintendent Schuster in Oshersleben getroffen hat, sehr beachtenswert. Es läßt sich etwa folgendermaßen darstellen; doch möchte ich an, daß er jederzeit auch bereit ist, auf besondere Fragen Auskunft zu erteilen, wenn solche noch weiter gewünscht wird.

1. Der von den kirchlichen Fördervereinen eingerichtete

Gemeindeförderverein besteht: a) die gefährdete Jugend vor dem Verfallen zu bewahren; b) die gesunde Jugend durch Lebensführung in besseren Verhältnissen wieder zu heben; c) auf die Erziehung der Gemeindeförderung zu wirken; d) die Gelegenheit für Erziehungsfragen zu interessieren; e) möglichst viele persönliche Helferkräfte für die Arbeit an der gefährdeten Jugend zu gewinnen.

2. Er will seine Arbeit treiben, indem er a) sich durch seine Mitglieder mit den verfallenden und verfallenden Familien in Verbindung setzt; b) die durch Mangel an Aufzucht gefährdeten Kinder in der Kinderbewahranstalt, die größerer in einem Wohn- oder Wohnort unterbringt, c) die Arbeitgeber bewegt, ihre jugendliche Arbeiterkraft zur Teilnahme an Ausbildungs- oder Fortbildungsausscheidungen zu bringen, die sie zur Erfüllung ihrer späteren häuslichen Pflichten befähigt und stärker machen, d) der Jugend- und Familienlehre die nötige Beachtung schenkt, e) die Einführung einer Wohnungsinspektion erstrebt, f) die Anlegung von zu übernehmenden Spielplätzen betreibt, g) bei der Durchführung der Fürsorgeerziehung alle wünschenswerten Helferdienste leistet usw.

3. Der Gemeindeförderverein setzt sich zusammen aus Mitgliedern der kirchlichen Fördervereine, aus sonst für die gemeinnützige Arbeit interessierten und befähigten Männern, sowie aus tätigen Frauen der Gemeinde. — Sehr wünschenswert ist die Beteiligung von Männern der Stadtverwaltung, der höchsten Kammerdeputation, der Weisungsstelle und des Notariatsbüros.

4. Vorherrschend des Gemeindefördervereins ist der Vorstoß des Gemeindefördervereins. Dessen wird ein Schriftführer zur Seite gegeben.

5. Die Kosten der Verwaltung trägt bis auf weiteres die Kirchenkasse.

D. Graf Söhenthal-Balkau.

Die Luftschiffahrt.

Die Meyer Luftschiffahrt.

Am heutigen Montag begannen bekanntlich die Luftschiffahrt der in der Freybachstraße stationierten drei Luftschiffe „J. 1“, „J. 2“ und „J. 3“.

Die Arbeiten der Auszubildenden der Stamm- und Erlangungsmannschaften und bilden die Fortsetzung der hiesigen Luftschiffahrt. Die Führung der einzelnen Fahrzeuge ist wie folgt verteilt: „J. 1“ Major Schelling und Ingenieur Müller; „J. 2“ Hauptmann Rohmüller und Ingenieur Ebersbach; „J. 3“ Hauptmann George und Ingenieur Mahr. Vom 12. Juli bis zum 25. Juli wird nur Luftschiff „J. 1“ vorgehalten. Mit der Ausfüllung dieses Luftschiffes soll am Montag begonnen werden. Doch hierzu nötige Gas ist im Laufe der letzten Tage in dem neben der Halle errichteten Gasbehälter aufgeschaltet worden. An der Innenausgestaltung der Halle wurde in den letzten Wochen fleißig gearbeitet, die Motore aller Schiffe insoweit geölt und die Luftschiffe mit verschiedenen Neuerungen versehen. Eine Auswechslung der Motore des „J. 1“ ist nicht erfolgt. Dieses Luftschiff, das bekanntlich die schwere Ueberflugschiffahrt Ende Juli Anfang Juni vorigen Jahres von Friedrichshafen nach Metz mit dem achtjährigen Vindal bei Wehrbach trotz Regen und Sturm unter Major Sperlings und Ingenieur Müllers Führung in vorzüglichster Weise absolvierte, wird also in seiner alten Verfassung und gleichen Besatzung weiter vorgehalten. Luftschiff „J. 2“ verbleibt. Vom 25. Juli bis zum 16. August, dem Endtermin der Ueberflugschiffahrt, nehmen die drei Luftschiffe an den Ueberflügen teil. Infolge der letzten Unfälle bei Wehrbach und des Passagierluftschiffes „Deutschland“, die in einer Linie auf eine nicht genügende Beobachtung der Wetterlage zurückzuführen sind, scheint eine größere Vorsicht in dieser Hinsicht beobachtet zu werden. Der Direktor des Wöhrer Observatoriums W. L. S. trifft auf den Meyer Luftschiffen ein und wird in der Ballonhalle eine meteorologische Station einrichten. Auch ist auf dem großen Erzeberg bei Freybach zwischen dem Dörschwald und dem Bahnhof Wuni vorläufiger eine Wetterstation angelegt worden, um auch eine sichere Verankerung im Wetter zu ermöglichen.

Der geplante Ueberflug Frankfurt-Wehrbach-Main-Mannheim.

Die Stadtverordneten von Wehrbach bewilligten 1000 Mk. Beitrag zu dem von hiesigen Kreisverband geplanten Ueberflugschiffahrt Wehrbach-Main-Mannheim. Der Flug soll nächsten Monat anlässlich des Anlagesfestes des Kaisers bei der Wöhrer Zeppelinbahn erfolgen.

Der Wöhrer „Nordhausen“.

(Hiesiger Hauptmann von Dörsch) ist am Sonntag nach siebenstündiger Fahrt im Bezirk Wunieder, Hühlergebirge, glatt gelandet. Der Ballon „Nordhausen“ hat damit die Wehrbach, die anlässlich der Einweihung des Luftschiffes in Götting abgehalten wurde, nach erlittener Entschamung gewonnen und erhält somit den vom Herzog gestifteten prachtvollen Ehrenpreis.

Tägliches Wetterausfall.

Auf dem zwei Kilometer von Gent entfernt liegenden Aerodrom verunglückte am Sonntag tödlich der Aviatiker Daniel Rinet. Er verunglückte bei der Landung hier an dem Ufer eines Baches festzuhalten, den er gekreuzt hatte, wobei der Apparat umfiel und der Aviatiker in die Tiefe stürzte. Nach einer Meldung der Agentur Havard soll der Verunglückte sich bei Lungenschmerzen befinden und bereits tot sein.

Der Flugwiderstand in Reims.

Der Aviatiker Labaudere hat am Sonnabend mit seinem Aeroplan 340 Kilometer in 4 Stunden 31 Min. 45 Sek. zurückgelegt. Der Aviatiker Oleslager legte 302,5 Kilometer in 5 Stunden 31 Minuten 5 Sekunden zurück.

Vermischtes.

Witzig eines englischen Luftschiffbauers. Bei einer Vorstellung in Coventry erlitt Wm. Spencer, eine bekannte Luftschiffbauern und Aviatikerin, furchtbare Verletzungen. Die junge Dame war zur Feier eines Sportfestes zu Woodhill bei Coventry mit einem Ballon aufgestiegen und ließ sich aus einer Höhe von etwa 1000 Fuß mit einem Luftschiff nieder. Zum Entsetzen der Zuschauer fiel sie auf das Dach der Contar-Hausdachter nieder. Sie verlor dabei ihre Zügel, die Zügelbanden, und die sie fürzte Luftschiff, das bei Aufsteigen am Luftschiff aus einer Höhe von über 400 Fuß zur Erde. Als man Wm. Spencer aufhob, war sie bewusstlos und blutüberströmt; man brachte sie in einem Auto zum Hospital, wo schwere Verletzungen

an Armen und Beinen sowie am Rücken festgesetzt wurden. Die Verunglückte ist 26 Jahre alt und hat seit Jahren Ballonfahrten geübt; dabei hat sie schon oft gefahrlose Inflationen erlitten, doch bisher immer ohne lebensgefährliche Verletzungen davonzutragen. Ausgiebig bewandert Wm. Spencer auch die einzige englische Aviatikerin zu sein. Sie war eben aus Frankreich zurückgekehrt, wo sie erfolgreich mit einem sechsseitigen Luftschiff geflogen war. Ihre acrobatischen Wagnisse sind Wm. Spencer bewußt. Nach den letzten Berichten hat sich der Zustand der Schwerverletzten ein wenig verbessert, ist aber noch sehr ernst.

Inf. Eine Statistik der Flugmaschinen-Katastrophen. Die Statistik der Aviatikerin Caronin de la Roche gibt, wie aus vorerwähnter Statistik hervorgeht, die Zahl der Verunglückten, die Unfälle, welche bisher seit den ersten Anfängen der Flugmaschine sich ereignet haben. Man wird aus dieser Aufzählung ersehen, daß die Flugmaschine bei weitem nicht so ein gefährliches Fahrzeug ist, wie es in allgemeinen den Anschein hat. Wenn man nur diejenigen Katastrophen in Betracht zieht, bei denen die Lenker der Flugapparate ihr Leben eingebüßt haben, so kann man nur acht Namen nennen. Als erster fiel im Jahre 1886 der Vater der Flugtechnik, Otto Lilienthal, seinen Versuchen zum Opfer. Er starb bei dem Abflug mit seinem Gleitflieger. Ihm folgt der Leutnant Selfridge, der vor einigen Jahren bei einem Flugversuch sein Leben verlor. Das nächste Opfer ist der französische Aviatiker Henri Perrier. Der Luftschiffverführer Bernarde, der an vierter Stelle zu erwähnen ist, verunglückte auch mit einem Flugapparat, starb aber nicht sofort, sondern erlag erst nach einigen Wochen den Verletzungen, die er sich bei dem Unglücksfall zugezogen hatte. In aller Eile ist es ihm noch gelungen, sich in ein Krankenhaus zu begeben. Der Flugführer Delagrange, der bei sechster Stelle zu erwähnen ist, verunglückte ebenfalls mit einem Flugapparat, starb aber nicht sofort, sondern erlag erst nach einigen Wochen den Verletzungen, die er sich bei dem Unglücksfall zugezogen hatte. In aller Eile ist es ihm noch gelungen, sich in ein Krankenhaus zu begeben. Der Flugführer Delagrange, der bei sechster Stelle zu erwähnen ist, verunglückte ebenfalls mit einem Flugapparat, starb aber nicht sofort, sondern erlag erst nach einigen Wochen den Verletzungen, die er sich bei dem Unglücksfall zugezogen hatte. In aller Eile ist es ihm noch gelungen, sich in ein Krankenhaus zu begeben. Der Flugführer Delagrange, der bei sechster Stelle zu erwähnen ist, verunglückte ebenfalls mit einem Flugapparat, starb aber nicht sofort, sondern erlag erst nach einigen Wochen den Verletzungen, die er sich bei dem Unglücksfall zugezogen hatte. In aller Eile ist es ihm noch gelungen, sich in ein Krankenhaus zu begeben.

Russische Zustände. Man meldet aus Warschau: Der Major General Redhart hat 76 Personen, darunter 11 Gendarmen, wegen Sprengung und Bedrohens des Gerichts überführt.

Ein von der Redakteur von ganz außergewöhnlicher Verantwortlichkeit hatte sich das Schwurgericht in Dresden zu begeben. Eine alte Schneiderwitwe Selig, die selbst arm war, nahm sich wiederholt als Mittel eines Wetters an, der sich schließlich bei ihr besprach und um Wache anhielt, weil dieser Gelegenheit hatte ausgenutzt, um die alte Frau einige Ersparnisse in ihrer Wohnung aufzunehmen. Er schlich sich abends ein, wurde der Frau aber durch das auffällige Betragen ihrer Sache verraten. Rummelt fürzte sich der Diebster auf seine Wohlfahrten, würgte und schlug sie und ließ ihr trotz ihres Schreies nicht ablassen, bis er sich mit einem Koffer abgesetzt hatte. Die Frau ist einige Tage nach der Verhaftung gestorben. Der Verbrecher wurde nach einer wüsten Jagd über die Dächer verhaftet und als ein arbeitsfähiger Facharbeiter v. A. Höhn freigesetzt. Er ist zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt worden.

Das Schwurgericht hat nach sechsmonatiger Verhandlung Urteil wegen des Raubdiebstahls in Exzent einstimmig für schuldig erklärt und ihn zu sechs Jahren schweren Arztes mit Verhängung von 14 476 Kronen an die Banca Cooperativa in Triest verurteilt.

Die russische Regierung hat die Gouvernements Alexanderslaw, Gerson, Wolgast, der Stumbrjark und das Dniepropetrowsk Gebiet für absterblich erklärt, die Gouvernements Westsibirien, Altai, Simbirsk, Hojan und die Tschukotka für absterblich erklärt worden.

Die russische Regierung hat die Gouvernements Alexanderslaw, Gerson, Wolgast, der Stumbrjark und das Dniepropetrowsk Gebiet für absterblich erklärt, die Gouvernements Westsibirien, Altai, Simbirsk, Hojan und die Tschukotka für absterblich erklärt worden.

Die russische Regierung hat die Gouvernements Alexanderslaw, Gerson, Wolgast, der Stumbrjark und das Dniepropetrowsk Gebiet für absterblich erklärt, die Gouvernements Westsibirien, Altai, Simbirsk, Hojan und die Tschukotka für absterblich erklärt worden.

